Beschluss

VO/OS/10-0291/2016

Status: öffentlich

Beschluss zur Annahme einer Spende		
Amt / Sachbearbeiter/in: Fachbereich Bürgerdienste / Herr Fittkau		Erstellungsdatum: 24.05.2016
Beratungsfolge:	Beschluss Nr.:	
Datum der Sitzung	Gremium	
02.06.2016	Amtsausschuss Amt Warnow-West	

Der Amtsausschuss Amt Warnow-West beschließt, die Sachspende vom Centermanagement des Ostsee Parks Rostock in Höhe von 300,00 Euro anzunehmen und dem Amt zur Ausrichtung des 25-jährigen Amtsjubiläums zu kommen zu lassen.

Beratungsergebnis:

Gremium:

Sitzung am:

TOP:

☐ Einstimmig	☐ laut Beschlussvorschlag
☐ mit Stimmenmehrheit	☐ Abweichender Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: _____
 Nein-Stimmen: _____
 Stimmenenthaltungen: _____

Problembeschreibung/Begründung:

In § 44 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) ist das Verfahren zur Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen geregelt. Da gemäß § 144 Abs. 1 KV M-V das Amt einen eigenen Haushalt führt, gelten für die Haushaltswirtschaft des Amtes die Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Gemeinde entsprechend.

Insofern darf auch das Amt zur Erfüllung seiner Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung dieser Aufgaben beteiligen. Zuwendungen dürfen nur noch durch den Amtsvorsteher oder einen Stellvertreter eingeworben, das Angebot einer Zuwendung nur von ihnen entgegengenommen werden. Über die Annahme oder Vermittlung einer Spende entscheidet grundsätzlich der Amtsausschuss.

Der Amtsvorsteher hat das Angebot von Herrn Jens Fischer vom Centermanagement des Ostsee Park Rostock mit Sitz in Sievershagen, Ostsee-Park-Straße 3, 18069 Lambrechtshagen entgegengenommen, dem Amt eine Sachspende in Höhe von insgesamt 300,00 Euro (15 Warengutscheine zum Wert von je 20 Euro/Stück) zum Zwecke der Unterstützung des 25-jährigen Amtsjubiläums zukommen zu lassen.

Aus diesem Grunde muss der Amtsausschuss über die Annahme der Spende entscheiden.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Einvernehmen erteilt
Amtsvorsteher

fachliche Richtigkeit
Fachbereichsleiter Bürgerdienste

haushaltsrechtliche Richtigkeit
Fachdienstleiterin Finanzverwaltung

Anlagen**Bemerkung:**

Aufgrund des § 24 Abs. 1 der Kommunalverfassung haben folgende Abgeordnete weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung mitgewirkt:

.....
Amtsvorsteher

.....
___. stellv. Amtsvorsteher/in